

5484

V

Netter, Ida n. a.

~~Netter~~

A

Z

1642

Netter, Ida n. a.

H A N S E A T I S C H E S O B E R L A N D E S G E R I C H T
5. Zivilsenat

5 W 12/1952
WIK 617/1950

B e s c h l u ß

In der Wiedergutmachungssache

- 1) der Ida N e t t o r geb. Kahn,
verw. Koch,
91-39-71st Road, Forest Hills, L.I., N.Y.,
- 2) Margarete Regina Charlotte M a y e r
geb. Koch, .
91-39-71st Road, Forest Hills, L.I., N.Y.,
- 3) Robert Bernhard Maximilian K o c h ,
474 West 238th Street, New York 63, N.Y.,
- 4) Otto Eric Alfred K o c h ,
c/o Canadian Broadcasting Corporation,
1236 Crescent, Montreal, P.Q., Canada,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Comes,
Köln, Weißenburgstraße 53,
Antragsteller,

g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h ,
gesetzlich vertreten durch die Hansestadt
Hamburg, Finanzbehörde, diese vertreten
durch die Oberfinanzdirektion,
Hamburg 11, Rödingsmarkt 83,

Antragsgegner,

hat das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, 5. Zivilsenat,
durch die Richter:

1. Oberlandesgerichtsrat Dr. Krönig als Vors.,
2. Oberlandesgerichtsrat Dr. Schierholt,
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. Clemens

in seiner Sitzung vom 7. Februar 1952 beschlossen:

Die sofortige Beschwerde des Antragsgegners gegen
den Teilbeschluß des Landgerichts Hamburg, Wiedergutmachungs-
kammer 1, vom 29. November 1951 wird als unbegründet zurück-
gewiesen.

In der Beschwerdeinstanz werden gerichtliche Ko-
sten nicht erhoben, außergerichtliche nicht erstattet.

G r ü n d e .

Die jüdische Antragstellerin zu 1) erhielt aus dem Erlös ihrer Beteiligung an der im Jahre 1938 arisierten Firma Robert Koch in Frankfurt am 18. November 1938 einen Betrag von 543.868,93 RM ausgezahlt. Dieser Betrag wurde auf ihr Sperrkonto bei der Firma M.M.Warburg & Co. in Hamburg überwiesen. Von diesem Konto überwies sie - außer verschiedenen Beträgen für Judenvermögensabgabe, die in der Beschwerdeinstanz nicht mehr interessieren - am 25. April 1939 an die Deutsche Golddiskontbank einen Betrag von 100.000.-- RM zwecks Erlangung eines ins Ausland transferierbaren Gegenwertes. Die Deutsche Golddiskontbank schrieb von dieser Summe 94.000.-- RM einem Konto des Reichswirtschaftsministeriums gut. Den Restbetrag erhielt die Antragstellerin in Gestalt eines transferierbaren Betrags von 513.13.3 RM ausgezahlt.

Das Landgericht hat in seinem Beschluß vom 29. November 1951 hinsichtlich der Antragstellerin zu 1 folgende Anordnung getroffen:

"I. Unter Abweisung von Zahlungsansprüchen in DM wird festgestellt, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist,

a) der Antragstellerin zu 1) den Verlust der folgenden Beträge zu ersetzen:

Judenvermögensabgabe:

50.700.-- RM ... 15. Dezember 1938

50.700.-- RM ... 13. Februar 1939

48.500.-- RM ... 4. Mai 1939

2.200.-- RM ... 13. Mai 1939

30.609,40 RM ... 15. August 1939

54.996,20 RM ... 22. April 1940

Kapitaltransfer Golddiskontbank

94.000.-- RM ... 24. April 1939

b)

II. Die Entscheidung über die weiteren Ansprüche bleibt vorbehalten."

Diesen Beschluß hat der Antragsgegner form- und fristgerecht mit der sofortigen Beschwerde insoweit angefochten,

als er die Ersatzpflicht des Deutschen Reiches wegen des Kapitaltransfers festgestellt hat. Diese Beschwerde ist unbegründet.

1. Mit Erwägungen, die einen Rechtsirrtum nicht erkennen lassen, auch vom Beschwerdeführer nicht angegriffen werden, hat das Landgericht angenommen, daß die Antragstellerin zu 1) Inhaberin der von ihr in diesem Verfahren verfochtenen Ansprüche ist.

2. Die im Auftrage der Antragstellerin zu 1, welche kurz vor Kriegsbeginn Deutschland verlassen hat, vorgenommene Überweisung von 100.000.-- RM an die Deutsche Golddiskontbank war ein Rechtsgeschäft, durch das die Antragstellerin einen ihr gehörenden Vermögensgegenstand veräußerte, um dafür einen ins Ausland transferierbaren Betrag zu erhalten. Gemäß Art. 3 Abs. 1 b REG wird vermutet, daß dieses im Jahre 1939 vorgenommene ^{eine} Rechtsgeschäft/ungerechtfertigte Entziehung im Sinne des Art. 2 ist. Diese Vermutung kann durch den Beweis der im Art. 3 Abs. 2 und 3 REG aufgeführten Voraussetzungen widerlegt werden, falls nicht andere Tatsachen eine ungerechtfertigte Entziehung im Sinne des Art. 2 beweisen oder für eine solche sprechen. Im vorliegenden Falle spricht für eine ungerechtfertigte Entziehung, daß nach den Feststellungen des angefochtenen Beschlusses die Antragstellerin durch die Verfolgung des Judentums zur Auswanderung aus Deutschland und auf diese Weise zur Transferierung eines Teils ihres Vermögens gezwungen war. Das schließt die Widerlegung der Entziehungsvermutung aus.

Wie der Senat in seiner ~~von~~ Veröffentlichung bestimmten Entscheidung - 5 W 2/52 - ausgeführt hat, ist die Deutsche Golddiskontbank bei Vornahme derartiger Transfergeschäfte nicht als unabhängiges Bankinstitut, sondern als Organ des Deutschen Reiches tätig geworden, das sich dieses Instituts verschiedentlich zur Durchführung finanzpolitischer Maßnahmen des Reiches und - insbesondere im vorliegenden Falle - zur Förderung des Devisenaufkommens auf dem Wege der Exportatagerung bediente. Daraus ergibt sich die Passivlegitimation des Antragsgegners. Er ist mithin gemäß Art. 26 Abs. 2 S. 3 REG verpflichtet, der Antragstellerin zu 1 den ihr durch Entziehung des Betrages von

RM 100.000.-- entstandenen Schaden zu ersetzen. Da die Antragstellerin ^{zu 1)} 6% dieses Betrages in Gestalt von Devisen erhalten hat, beträgt ihr Schaden RM 74.000.--. Das hat das Landgericht zutreffend erkannt und demgemäß unter Beachtung der vom Senat in ständiger Rechtsprechung über die Ersatzpflicht des früheren Deutschen Reiches für verlorengegangene Vermögensgegenstände (Art. 26~~7~~ Abs. 2 S. 1 REG) entwickelten Grundsätze~~7~~ entschieden.

3. Mithin war die sofortige Beschwerde des Antragsgegners als unbegründet zurückzuweisen. Die Entscheidung über die Kosten ist mit Rücksicht auf § 7 der 2. VO zur Ausführung des Gesetzes Nr. 59 getroffen worden.

Krönig.

Dr. Schierholt.

Clemens.

H A N S E A T I S C H E S O B E R L A N D E S G E R I C H T

5. Zivilsenat

5 WIS 65/1954
1 WIK 617/1950

B e s c h l u ß

In der wiedergutmachungssache

1. Ida N e t t e r geb. Kahn verw.
Koch,
2. Margarete Regina Charlotte
M a y e r geb. Koch,
beide wohnhaft: 11208 Cunningham
Drive, Silver Spring, Md., USA,
3. Robert Bernhard Maximilian Koch,
68 - 66 Selfridge Street, Forest
Hills 75, L I, NY, USA,
4. Otto Eric Alfred Koch,
5826 Coclbrock Avenue, Montreal 29,
P.Q., Canada,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Comes,
Köln, Weißenburgstraße 53,

Antragsteller,

g e g e n

das D e u t s c h e R e i c h ,
gesetzlich vertreten durch die
Freie und Hansestadt Hamburg -
Finanzbehörde -, diese vertreten
durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg, Hamburg 13, Hartungstr.5,
Az.: O 5210 - N 86 - V 115 d-,

Antragsgegner,

hat das Hanseatische Oberlandesgericht zu Hamburg,
5. Zivilsenat, in seiner Sitzung vom 31. März 1954
unter Mitwirkung folgender Richter:

- hü.
1. des Senatspräsidenten Willers,
 2. des Oberlandesgerichtsrats Dr. Krönig,
 3. des Oberlandesgerichtsrats Dr. Unglaube

b e s c h l o s s e n :

Die sofortige Beschwerde der Antragsteller gegen den Beschluß des Landgerichts Hamburg, Wiedergutmachungskammer 1, vom 13. Januar 1954 wird als unbegründet zurückgewiesen.
In der Beschwerdeinstanz werden gerichtliche Kosten nicht erhoben, außergerichtliche nicht erstattet.

G r ü n d e :

Die jüdischen Antragsteller haben in den Jahren 1938/1940 aus einem Sperrkontoⁿ, welches bei der Firma M.M. Warburg & Co. in Hamburg eingerichtet war,^{en} folgende Zahlungen durch Überweisung geleistet:

- a) 10. Januar 1939 an Steuerkasse der Israelitischen Gemeinde Frankfurt a.M. RM 3.652,50,
- b) 22. August 1939 an Berliner Handelsgesellschaft (Türkentransfer) RM 27.000,--
- c) 28. August 1939 an Sparkasse Gevelsberg und des Amtes Enneppe für Sonderkonto Hauerindustrie RM 85.000,--
- d) 12. April 1940 an Städtische Bürgerkasse Frankfurt a.M., Pfändungsverfügung vom 2.4.1940 über RM 6.059,-- wegen Bürgersteuer 1936, 1938 und Zuschläge RM 11.824,98.

Die Antragsteller haben Rückerstattung dieser Werte beantragt mit der Begründung, daß sie ihnen im Sinne der Art. 1 und 2 REG widerrechtlich von dem früheren Deutschen Reich entzogen worden seien. Sie haben außerdem wegen anderer Rückerstattungsansprüche, die für sie durch einen in diesem Verfahren ergangenen Teilbeschluß der Wiedergutmachungskammer vom 29. November 1951 rechtskräftig festgestellt worden sind, Verzinsung der in diesem Beschluß festgestellten Ersatzansprüche beantragt.

Durch Teilbeschluß vom 13. Januar 1954 hat die Wiedergutmachungskammer diese Ansprüche als unbegründet

zurückgewiesen.

Gegen diese Entscheidung haben die Antragsteller zulässigerweise, insbesondere fristgerecht, sofortige Beschwerde eingelegt. Sie begründen die Beschwerde damit, daß Geld als feststellbarer Vermögensgegenstand im Sinne des REG anzusehen sei. Auch der von der Wiedergutmachungskammer am 29. November 1951 beschlossene Teilbeschluß gehe noch von dieser Auffassung aus. Daher müsse sich der Antragsgegner, der einen gegen diesen Teilbeschluß an den Board gerichteten Nachprüfungsantrag zurückgenommen habe, an diese Auffassung gebunden halten.

Diese Beschwerde ist unbegründet. Die Entscheidung der Wiedergutmachungskammer entspricht in allen Punkten der ständigen Rechtsprechung des Senats (5 WiS 215/53) und des Board of Review. Dieser hat ausdrücklich in der von der Wiedergutmachungskammer angeführten Entscheidung (abgedruckt RzW 52 S. 110) die Auffassung vertreten, daß Geld kein feststellbarer Vermögensgegenstand im Sinne des Rückerstattungsgesetzes ist (vgl. auch BOR 50/17). Nur in diesem Sinne ist von ihm die "Identifizierbarkeit" des Geldes nachgeprüft und verneint worden. Mithin mußte die sofortige Beschwerde der Antragsteller als unbegründet zurückgewiesen werden.

Da nach Auffassung des Senats die Voraussetzungen des § 7 S. 1 der 2. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes Nr. 59 nicht vorliegen, war hinsichtlich der Kosten, wie geschehen, zu entscheiden.

Willers,

Krönig.

Unglaube.

Landgericht Hamburg

1. Wiedergutmachungskammer.

I WIK 617/50

- 3 1642 -

End- B e s c h l u ß.

In der Rückerstattungsanfrage

- 1.) Ida Netter geb. Kuhn verw. Koch,
- 2.) Margarete Regine Charlotte Mayer geb. Koch,
beide wohnhaft: 11208 Cunningham Drive,
Silver Spring, Md.; USA,
3. Robert Bernhard Maximilian Koch
66-66 Belfridge Street, Forest Hills 75,
L I, NY, USA,
4. Otto Eric Alfred Koch
5826 Coolbrook Avenue, Montreal 29,
P.Q.; Canada,

Antragsteller,

Bevollmächtigter:

Rechtsanwalt Dr. Comen Köln, Weidenburgstraße 53,
gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Freie und
Hansestadt Hamburg- Finanzbehörde-, diese
vertreten durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg, Hamburg 13, Hartungstr. 5,
Az.: o 5210 - W 86 - V 115 d -,

Antragsgegner,

hat die 1. Wiedergutmachungskammer des Landgerichts
in Hamburg nach mündlicher Verhandlung durch
folgende Richter:

- 1.) Landgerichtsdirektor Dr. Joost,
- 2.) Landgerichtsrat Dr. Warabrunn,
- 3.) Landgerichtsrat Engelschall

am 13. Januar 1954 beschlossen:

I. Die noch offenen Ansprüche werden als
nach dem Gesetz Nr. 59 unbegründet zurückgewiesen.

II.

II. Gerichtskosten werden nicht erhoben,
außergerichtliche Kosten nicht erstattet.

G r ü n d e :

Wegen des Sachverhalts wird auf den rechtskräftigen Teilbeschuß des erkennenden Gerichts vom 29. November 1951 verwiesen. Nachdem die Antragsteller mit Schriftsatz vom 3. Januar 1952 (⁵⁵Bl. 68 d.A.) teilweise ihre Anträge für erledigt erklärt haben, sind noch die Rückerstattungsansprüche für die folgenden durch Banküberweisung eingetretenen Vermögensseinbußen offen: Sämtliche Überweisungen wurden zu Lasten des Sperrkontos der Antragstellerin zu 1.) bei der Firma H. A. Farburg & Co. getätigt:

a) 10. Januar 1939 an Steuerkasse der Israelitischen
Gemeinde Frankfurt a/M. 3.652,50 RM

b) 22. August 1939 an Berliner Handelsgesell-
schaft: (Türkentransfer) 27.000.-- RM

c) 28. August 1939 an Sparkasse Gevelsberg
und des Amtes Knappe für Sonderkonto Hauerindustrie
85.000.-- RM

d) 12. April 1940 an Städtische Bürgerkasse
Frankfurt a/M., Pfändungsverfügung vom 2.4.40 über
6.059.⁸⁴-- wegen Bürgersteuer 1936g, 1938 und Zuschläge
1.824,98 RM

Offen sind außerdem die Zinsansprüche, die die Antragsteller in Höhe von 6% jährlich seit Entziehung der einzelnen Beträge beanspruchen.

Die noch offenen Restansprüche finden im Rückerstattungsgesetz keine Stütze. Bei Erlaß des früheren Teilbeschlusses vom 29. November 1951 ist die Kammer davon ausgegangen, daß den Antragstellern durch die Banküberweisungen feststellbare Vermögensgegenstände in Sinne des Rückerstattungsgesetzes entzogen wurden. Diese Auffassung entsprach der
damaligen

damaligen Rechtsprechung der Hamburger Wiedergutmachungsgerichte und deshalb konnte der frühere Beschluß ergangen, durch den den Antragstellern zu 1.) und 4.) Beträge für durch die Judenvermögensabgabe und ^{Agitation} Kapitaltransfer eingetretener Verluste zugesprochen wurden. Seit Erlass des früheren Teilbeschlusses hat sich die Rechtsprechung der höheren Gerichte zum Begriff des feststellbaren Vermögensgegenstandes entscheidend geändert. Der Board of Review hat erstmalig in der Entscheidung BOH 51/131 die Auffassung vertreten, daß Geld kein feststellbarer Vermögensgegenstand im Sinne des Rückerstattungsgesetzes ist, und daß auch ein Girokonto im Sinne des Rückerstattungsgesetzes dem Geld gleichzusetzen ist. Dieser Auffassung ist das Hanseatische Oberlandesgericht gefolgt (5 W 147/52). Auch die Kammer hat ihre frühere Rechtsprechung aufgegeben und kann keine Veranlassung sehen, erneut ihren Standpunkt ^{ändert} dieser Frage zu ändern.

Zinsansprüche stehen den Antragstellern nicht zu. Soweit die noch offenen Ansprüche wegen mangelnder Feststellbarkeit zurückgewiesen wurden, ist dieses ohne weiteres klar. Auch für die durch den Teilbeschluß vom 29. November 1951 rechtskräftig festgestellten Beträge können den Antragstellern keine Zinsen zugewilligt werden, da nach der Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts nur der Zeitwert am Tage der Festnahme maßgeblich ist.

Die Entscheidung über die Kosten folgt aus Art. 63 HGG in Verbindung mit § 7 der 2. AVO zum HGG.

(Unterzeichnet:)

Dr. Joost

Dr. Warnebrunn

Engelschall



HANSEATISCHES OBERLANDESGERICHT

11. Wis 3/68

WiK 62/67

B e s c h l u ß

In der Rückerstattungssache

der Frau Ida N e t t i e r ,
geb. Kahn, verw. Koch,
4627 Hunt Avenue, Washington 15 DC.,
USA.,

Antragstellerin,
Beschwerdeführerin,

Bevollmächtigter: Rechtsanwalt
Dr. A. Comes, 5 Köln 1, Weissenburgstraße 53,

gegen

die Bundesrepublik Deutschland,
gesetzlich vertreten durch den Bundes-
minister der Finanzen, Verfahrensver-
treterin Oberfinanzdirektion Hamburg,
Hamburg 13, Harvestehuder Weg 14,
Az.: - N 86 - UA 4 - BV 33/333 -,

Antragsgegnerin,

hat das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg, 11. Zivil-
senat, am 11. April 1968 durch die Richter:

1. Senatspräsident Dr. Unglaube,
2. Oberlandesgerichtsrat Dammann,
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. Mey

beschlossen:

Die Beschwerde der Antragstellerin gegen
den Beschluß des Landgerichts Hamburg, Wieder-
gutmachungskammer, vom 13. September 1967 wird
als unzulässig verworfen.

Leu.

An das
Wiedergutmachungsaussch. d. d. Landgericht Hamburg
11.4. i. Zippelhaus

In der Beschwerdeinstanz werden Gerichtskosten nicht erhoben und außergerichtliche Kosten nicht erstattet.

G r ü n d e :

1. Die jüdische Antragstellerin wohnte vor ihrer Emigration in Frankfurt a.M. Sie hatte bei dem Bankhaus M.M. Warburg & Co. in Hamburg ein Guthaben, welches ihr entzogen worden ist. In einem Rückerstattungsverfahren (1 WiK 617/50) ist durch Teilbeschluß des Landgerichts Hamburg vom 29. November 1951 der Antragsgegner verurteilt worden, an die Antragstellerin für die von ihrem Bankkonto entrichtete Judenvermögensabgabe von 237.705,60 RM und für einen zum Zwecke des Kapitaltransfers gezahlten Betrag von 100.000,-- RM Schadensersatz zu leisten. Aufgrund dieses Sachverhalts hat die Vertreterin des Antragsgegners durch Teilbescheid vom 20. Februar 1959 der Antragstellerin Schadensersatz in Höhe von 10.915,57 DM zuerkannt.

2. Am 7. Oktober 1965 hat die Antragstellerin bei der Oberfinanzdirektion Hamburg die Ergänzung des vorgenannten Teilbescheides durch Gewährung der Altsparerentschädigung beantragt. Dieser Antrag ist durch den 5. Teilbescheid der Oberfinanzdirektion Frankfurt a.M. vom 18. November 1966 abgelehnt worden. In den Gründen ist ausgeführt worden: Das Bundesverwaltungsgericht habe zwar Auswanderer- und Vorzugssperrguthaben unter gewissen Voraussetzungen als Kapitalanlagen im Sinne des Altsparengesetzes gewertet. Durch diese Rechtsauffassung habe sich aber lediglich die Rechtsprechung geändert. Von der Ge-

währung des Altsparerzuschlages müsse daher bei einer früheren Entscheidung, die nach der damaligen Rechtsauffassung ohne Gewährung eines Altsparerzuschlages ergangen und rechtskräftig geworden sei, abgesehen werden.

Dieser Teilbescheid ist dem Bevollmächtigten der Antragstellerin am 25. November 1966 zugestellt worden. Der Bevollmächtigte hat mit einem Telegramm (Bl. 2) am 26. Mai 1967, einem Freitag, Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Er hat seine Kanzlei in Köln. Dort war am 25. Mai 1967 Fronleichnam, ein gesetzlicher Feiertag. Die Vertreterin des Antragsgegners hat in ihrem Schriftsatz vom 11. Juli 1967 darauf hingewiesen, daß Fronleichnam in Hamburg kein gesetzlicher Feiertag ist und der Antrag auf gerichtliche Entscheidung daher verspätet und infolgedessen unzulässig sei. Dieser Schriftsatz ist bei dem Bevollmächtigten der Antragstellerin am 18. Juli 1967 eingegangen (Erklärung zu Protokoll vom 29. August 1967, Bl. 17 R).

Die Antragstellerin hat mit Schriftsatz vom 28. August 1967 vorsorglich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt. Sie hat aber in erster Linie ausgeführt, die Frist von 6 Monaten für den Antrag auf gerichtliche Entscheidung sei eingehalten worden, weil der 26. Mai 1967 in Köln gesetzlicher Feiertag gewesen sei und es komme auf den Ort, an dem die Erklärung abgegeben werde, und nicht auf den Ort an, an welchem sie zugehen solle. - Die etwaige Fristversäumung sei erst am 26. August 1967 bemerkt worden, weil Zweifel an der Rechtzeitigkeit des Antrags nicht bestanden hätten.

Durch Beschluß des Landgerichts Hamburg, Wiedergutnachungskammer, vom 13. September 1967 ist der 5. Teilbescheid der Oberfinanzdirektion Frankfurt a.M. bestätigt worden. In den Gründen wird u.a. ausgeführt: Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung sei unzulässig, weil die Antragsfrist versäumt worden sei. Der Bescheid sei dem Bevollmächtigten der Antragstellerin am 25. November 1966 zugestellt worden. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung hätte nach § 42 Abs. 1 BRüG innerhalb von 6 Monaten gestellt werden müssen. Für die Berechnung dieser Frist gälten nach § 42 Abs. 5 BRüG, Art. 59 Abs. 2 REG und § 17 FGG die Bestimmungen der §§ 186 ff. BGB. Danach habe gemäß §§ 187 Abs. 1, 188 Abs. 2 BGB die Antragsfrist mit Ablauf des 25. Mai 1967 geendet. Der telegrafisch gestellte Antrag auf gerichtliche Entscheidung sei aber erst am 26. Mai 1967, also verspätet, bei Gericht eingegangen. Die Tatsache, daß der 25. Mai 1967 als Fronleichnam in Köln, wo sich die Kanzlei des Bevollmächtigten der Antragstellerin befinde, gesetzlicher Feiertag sei, könne nicht zu einer Verlängerung der Antragsfrist führen. In Hamburg sei dieser Tag kein gesetzlicher Feiertag gewesen. Es komme aber allein auf die in Hamburg geltenden Bestimmungen an, denn hier befinde sich das Gericht, bei welchem der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu stellen gewesen sei. - Auch der hilfsweise gestellte Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sei unzulässig. Die Antragstellerin habe nämlich die in § 22 Abs. 2 FGG bestimmte Frist von 2 Wochen für den Wiedereinsetzungsantrag versäumt. Diese Frist beginne, wenn das der Wahrung der Frist für den Antrag auf gerichtliche Entscheidung entgegenstehende Hindernis weggefallen sei

oder sein Fortbestehen nicht mehr als unverschuldet angesehen werden könne. Es sei schon zweifelhaft, ob überhaupt ein unverschuldetes Hindernis vorliege, wenn ein Anwalt es dem juristisch nicht vorgebildeten Büropersonal überläßt, das Ende einer gesetzlichen Frist selbständig zu ermitteln. Im vorliegenden Falle komme hinzu, daß der Antrag bei einem auswärtigen Gericht habe gestellt werden müssen, von normalen Zivilprozeß abweichende Fristen und landesunterschiedliche Feiertagsgesetze zu berücksichtigen seien. Jedenfalls sei das etwa nicht verschuldete Hindernis am 26. Mai 1967 weggefallen, denn spätestens an diesem Tage habe der Bevollmächtigte der Antragstellerin festgestellt, daß der Antrag auf gerichtliche Entscheidung entgegen der Auffassung seines Angestellten in Hamburg habe gestellt werden müssen. Wenn der Bevollmächtigte der Antragstellerin der Auffassung gewesen sei, durch das Telegramm sei die Antragsfrist gewahrt worden, so sei hierdurch der Lauf der 2-Wochen-Frist nicht gehemmt worden, denn sein Rechtsirrtum sei kein unverschuldetes Hindernis. Als Anwalt habe er nämlich erkennen müssen, daß etwaige Abweichungen der Feiertagsbestimmungen am Gerichtsort für die Fristwahrung hätten von Bedeutung sein können. Deshalb hätte er zumindest vorsorglich mit dem Antrag auf gerichtliche Entscheidung auch einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand stellen müssen. Jedenfalls könne das Hindernis seit dem Erhalt des Schriftsatzes der Vertreterin des Antragsgegners vom 11. Juli 1967 nicht mehr als unverschuldet angesehen werden. Dieser Schriftsatz sei am 18. Juli 1967 in der Kanzlei des Bevollmächtigten der Antragstellerin eingegangen. Spätestens seit diesem Zeitpunkt habe die Frist von 2 Wochen

für den Wiedereinsetzungsantrag gelaufen, denn der Bevollmächtigte habe nun erkennen müssen, daß seine Rechtsauffassung nicht zweifelsfrei sei. Die Tatsache, daß er derzeit möglicherweise schon verreist gewesen sei und sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Kaulen, erst erheblich später von diesem Schriftsatz Kenntnis genommen habe, vermöge ihn nicht zu entlasten. Wenn der Vertreter und Unterbevollmächtigte des Bevollmächtigten der Antragstellerin erst am 28. August 1967 von dem am 18. Juli 1967 zugegangenen Schriftsatz vom 11. Juli 1967 Kenntnis genommen habe, so sei dies auf einen Organisationsfehler zurückzuführen, der darin bestehe, daß dem Anwalt Schriftsätze - was er hätte veranlassen müssen - nicht sofort nach deren Eingang, sondern erst kurze Zeit vor dem Gerichtstermin zur Bearbeitung vorgelegt worden seien. Mit dieser Regelung habe er seiner anwaltlichen Sorgfaltspflicht nicht genügt. Sein Verschulden müsse die Antragstellerin sich anrechnen lassen. - Im übrigen habe aber in der Sache selbst die Vertreterin des Antragsgegners den Antrag auf Gewährung einer Altsparerentschädigung zu Recht abgewiesen. Der Teilbescheid vom 20. Februar 1959 sei rechtskräftig und könne daher nach Art. II Ziff. 3 des 3. Gesetzes zur Änderung des BRÜG nur dann durch Gewährung einer Altsparerentschädigung ergänzt werden, wenn der Antragstellerin aufgrund der gesetzlichen Änderungen weitergehende Ansprüche zustünden, als sie zuvor durch die rechtskräftige Entscheidung zuerkannt worden seien. Das sei hier aber nicht der Fall. Die Tatsache, daß die Rechtsprechung neuerdings Auswanderer-Sperrguthaben als Altspareranlagen werte, rechtfertige nicht die Wiederaufnahme eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens.

3. Der Beschluß ist dem Bevollmächtigten der Antragstellerin am 11. Oktober 1967 zugestellt worden. Sie hat am 14. Februar 1968 sofortige Beschwerde eingelegt und zugleich wegen der Versäumung der Beschwerdefrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt.

Bezüglich der Frist für den Antrag auf gerichtliche Entscheidung und des vorsorglichen Wiedereinsetzungsantrags für den Fall einer Fristversäumung wiederholt die Antragstellerin ihr Vorbringen erster Instanz. Die Frist für den Wiedereinsetzungsantrag habe erst am 28. August 1967 begonnen, als die Akte mit dem Schriftsatz der Oberfinanzdirektion vom 11. Juli 1967 zur Bearbeitung vorgelegt und die Möglichkeit einer Fristversäumung erkannt worden sei. - Bezüglich der Versäumung der Beschwerdefrist werde ausgeführt, daß der betreffende Kanzleiangeestellte schon seit 5 1/2 Jahren bei dem Bevollmächtigten der Antragstellerin beschäftigt sei und seit 2 1/2 Jahren Fristen bearbeite, sich als sehr zuverlässig erwiesen habe und laufend von einer erfahrenen Bürovorsteherin überwacht werde. Im vorliegenden Fall habe der Angestellte den Beschluß vom 13. September 1967 als zugestellt angenommen, mit dem Eingangsstempel versehen und dem Bevollmächtigten vorgelegt, dabei aber unterlassen, vorher wie üblich die Rechtsmittelfrist zu notieren. Bei einer gelegentlichen Überprüfung des demnächst zu bearbeitenden Aktenstapels am 31. Januar 1968 sei dann die Versäumnis festgestellt worden. - Daß Auswanderersperrguthaben als Altspareranlagen zu werten seien, sei in der Rechtsprechung inzwischen anerkannt. Es wäre eine grobe Unbilligkeit, die Gewährung der Altsparerentschädigung lediglich von dem Zeitpunkt der gerichtlichen Entscheidung hierüber abhängig zu machen.

Die Vertreterin des Antragsgegners führt aus, die sofortige Beschwerde sei verspätet eingelegt worden und daher unzulässig. Der Wiedereinsetzungsantrag sei nicht nur wegen Verspätung unzulässig, sondern auch unbegründet. Der Bevollmächtigte der Klägerin hätte nämlich die Tätigkeit seines Angestellten überwachen und sich anhand der Vermerke auf den angefochtenen Beschluß vom 13. September 1967 davon überzeugen müssen, ob die Rechtsmittelfrist richtig festgestellt und in den Terminkalender eingetragen worden sei. - Die sofortige Beschwerde sei aber auch sachlich nicht gerechtfertigt. Das Landgericht habe zu Recht den Antrag auf gerichtliche Entscheidung im Ergebnis als unzulässig abgelehnt. Bei gebietsmäßig unterschiedlicher Feiertagsregelung komme es stets auf den Ort an, wo die Prozeßhandlung vorzunehmen sei. Zu Recht sei aber auch der erstinstanzliche Wiedereinsetzungsantrag abgelehnt worden.

4. Die sofortige Beschwerde ist unzulässig.

Die Beschwerde konnte, da die Antragstellerin ihren Wohnsitz im Ausland hat, nach Art. 60 Abs.2 S. 1 und 2 REG wirksam nur innerhalb einer Frist von 3 Monaten seit Zustellung des angefochtenen Beschlusses eingelegt werden. Dieser ist dem Bevollmächtigten der Antragstellerin am 11. Oktober 1967 zugestellt worden. Sie hat aber erst am 14. Februar 1968, also verspätet, die Beschwerde eingelegt.

Der wegen dieser Fristversäumung gestellte Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist zulässig, insbesondere entsprechend Art. 59 Abs.2 REG, § 22 Abs.2 S.1 FGG innerhalb der dort bestimmten Frist von 2 Wochen gestellt worden. Nach der Darstellung des Bevoll-

nächtigten der Antragstellerin hat sein Mitarbeiter, Rechtsanwalt Dr. Kaulen, bei der gelegentlichen Überprüfung eines demnächst zu bearbeitenden Aktenstapels am 31. Januar 1968 festgestellt, daß die vorliegende Akte nicht fristgerecht vorgelegt worden war, weil die Eintragung einer Rechtsmittelfrist unterblieben war. Der Bevollmächtigte hat dann am 14. Februar 1968, also noch rechtzeitig, den Wiedereinsetzungsantrag gestellt.

Dieser Antrag ist aber sachlich nicht gerechtfertigt. Der angefochtene Beschluß ist - wie der Bevollmächtigte der Antragstellerin in seinem Schriftsatz vom 13. Februar 1968 (S. 4, Bl. 46) ausgeführt hat - bei der Zustellung seinem Kanzleiangestellten ausgehändigt worden. Nach der Angabe des Bevollmächtigten ist dieser Angestellte seit 5 1/2 Jahren in seiner Kanzlei tätig, bearbeitet seit 2 1/2 Jahren Fristen und wird laufend von einer sehr erfahrenen Bürovorsteherin überwacht. Dies ist zwar nicht glaubhaft gemacht worden, könnte aber auch nach Ablauf der Frist des § 22 Abs. 1 FGG nachgeholt werden (Keidel FGG 8. Aufl. § 22 Anm. 3 b C Rz 38), so daß die Angaben als richtig unterstellt werden können. Zur Organisation einer Rechtsanwaltskanzlei ist es aber erforderlich, daß nach der Zustellung von gerichtlichen Entscheidungen die Rechtsmittelfristen festgestellt und in den Fristenkalender eingetragen werden. Es ist schon zweifelhaft, ob diese Tätigkeit in Rückerstattungssachen ohne weiteres einem Kanzleiangestellten übertragen werden kann. Die Rechtsmittelfristen weichen nämlich von denen der ZPO und des FGG erheblich ab und sind außerdem in sich noch wieder unterschiedlich. So ist - auf den vorliegenden Fall abgestellt - die Frist für den Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§ 42 Abs. 1 BRÜG) eine andere als für die vorliegende sofortige Beschwerde (Art. 90 Abs. 2 REG), sowie ferner in sich unterschiedlich, je nachdem die Berechtigte in der Bundesrepublik oder im Ausland wohnt. Die Überlas-

sung der Berechnung und Notierung der Rechtsmittelfristen in Rückerstattungssachen könnte daher einem Angestellten wohl nur dann überlassen werden, wenn in der Kanzlei ganz überwiegend und in erheblichem Umfang Rückerstattungssachen bearbeitet werden, so daß hierdurch die Angestellten eine beachtliche Erfahrung gewonnen haben. Hierüber hat der Bevollmächtigte der Antragstellerin keine Ausführungen gemacht. Hierauf kommt es aber letzten Endes nicht an. Er führt nämlich weiter aus, sein zuverlässiger und überwachter Angestellter habe übersehen, die Rechtsmittelfristen - wie üblich - zu notieren. Dieser Umstand allein könnte die Wiedereinsetzung wohl noch rechtfertigen (RG JW 1930, 545). Jedoch führt der Bevollmächtigte der Antragstellerin weiter aus, sein Angestellter habe nach der Zustellung den Beschluß seinem Mitarbeiter vorgelegt. Jedenfalls bei dieser Gelegenheit hätte der sachbearbeitende Rechtsanwalt gerade auch wegen der Unterschiedlichkeit der Rechtsmittelfristen in Rückerstattungsverfahren aufgrund des Fehlens der Vermerke über die Berechnung und die Eintragung der Rechtsmittelfrist, die auf dem zugestellten Beschluß oder sonst in der Akte hätten gemacht sein müssen, feststellen können und müssen, daß dies versäumt worden war. Von diesem Augenblick an kann das der Fristwahrung entgegenstehende Hindernis nicht mehr als unverschuldet angesehen werden (BGH RZW 1968, 142). Das Verschulden des Vertreters, eines Rechtsanwalts, der mit der selbständigen Bearbeitung der vorliegenden Sache betraut war, ist nach § 22 Abs. 2 S. 2 FGG der Antragstellerin zuzurechnen. Danach ist der Wiedereinsetzungsantrag als unzulässig zu verwerfen.

Es kann daher dahingestellt bleiben, ob das Landgericht den auch schon für die erste Instanz gestellten Wiedereinsetzungsantrag wegen Versäumung der Einspruchsfrist zu Recht abgelehnt hat, weil der Schriftsatz der Vertreterin des Antragsgegners vom 11. Juli 1967 dem Sachbearbeiter, Rechtsanwalt Dr. Kaulen, was in der Beschwerdebegründung entsprechend der Organisation der Kanzlei anzunehmen ist, sogleich vorgelegt worden ist und wegen der darin enthaltenen Ausführungen über die Verspätung des Einspruchs jedenfalls vorsorglich innerhalb der Frist des § 22 Abs.2 S.1 FGG Wiedereinsetzung hätte beantragt werden müssen, was dann aber erst mit Schriftsatz vom 28. August 1967 geschehen ist. Es kann schließlich auch dahingestellt bleiben, ob der Antrag auf gerichtliche Entscheidung innerhalb der Frist von 6 Monaten nach § 42 Abs.1 BRÜG gestellt worden ist, insbesondere ob es darauf ankommt, daß der 25. Mai 1967 in Nordrhein-Westfalen gesetzlicher Feiertag war, oder ob es nicht vielmehr auf die Feiertagsbestimmungen am Orte des Gerichts ankommt, bei welchem der Antrag gestellt werden muß und durch Zugehen wirksam wird (so BAG AP ZPO § 222 Nr. 1; Keidel FGG 8. Aufl. § 17 Rz 15; Jansen FGG 1959, § 17 Anm. 3; Oertmann 3. Aufl. § 193 Anm. 3 b Abs.3; Planck 4. Aufl. § 193 Anm. 2a).

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 63 REG. Die Voraussetzungen für eine Kostenanordnung nach § 7 S.1 der 2. AVO zum REG liegen nach der Auffassung des Senats nicht vor.

Unglaube

Dammann

Mey